

EUROPAWAHL

Farbe für Europa

Korbinian Frenzel

Rechts-liberale Mehrheit oder linke Sperrminorität? Vor den Europawahlen wächst der Wunsch nach neuen Koalitionen in Brüssel. Ideologisch klare Linien sollen großkoalitionären Konsens ersetzen - das ist die Hoffnung vieler Parteistrategen für das künftige Europa-Parlament.

Graham Watson ist ein über Parteigrenzen hinweg geschätzter Mann im Brüsseler Politikbetrieb. Der Schotte hat schon so manchen Erfolg, aber auch ab und zu einen Lacher im Parlament erzielt, wenn er etwa in Debatten Nicolas Sarkozy mit den Liedtexten Carla Brunis parierte oder Angela Merkel deutschen Minnesang vortrug. Seit einigen Wochen bereitet der Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Europäischen Parlament allerdings den Kollegen in den großen Fraktionen der Konservativen und Sozialdemokraten einiges Kopfzerbrechen. Was hat der Chef der drittgrößten politischen Gruppe in Europas Volksvertretung vor, fragen sich viele. Denn Watson hat seinen Hut in den Ring geworfen: er will sich im neu gewählten Europa-Parlament um das Amt des Parlamentspräsidenten bewerben. Und offenbar will er noch viel mehr.

Watsons Chancen, den Spitzenposten zu erlangen, liegen bei Null. Denn wie fast immer, wenn es um Posten in Brüssel und Straßburg geht, gibt es keinen lachenden Dritten, weil die beiden stillen Dauerpartner sich bereits einig geworden sind. Die konservative Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und jene der Sozialdemokraten (SPE) haben die Posten-Beute aufgeteilt, noch ehe der Wähler an der Urne war. Zweieinhalb Jahre darf die EVP-Fraktion den Parlamentschefposten besetzen, dann folgt die SPE. So weit, so gut, so europäische Tradition. Und jetzt kommt Watson und schlägt Wellen. „Meine Kandidatur soll dem Prozess etwas Leben einhauchen“, erklärte er in einem Brief, der an alle Abgeordneten des noch amtierenden EU-Parlamentes gegangen ist. In Brüssel wird seine Kandidatur klar eingeordnet: als Kampfansage gegen die Dauer-Absprachen und Kungeleien der beiden großen Fraktionen.

Graham Watson hat schon im vergangenen Jahr zu erkennen gegeben, dass es ihm um mehr geht als ein paar Stimmen bei der Präsidentenwahl. „Wir könnten Europa viel wirkungsvoller und effizienter voranbringen, wenn wir im Parlament eine ideologische Mehrheit hätten, die die ideologische Mehrheit im Ministerrat wi-

derspiegelt, wo die Sozialdemokraten derzeit mit weniger Regierungen vertreten sind als die Liberalen“, erklärte er in einem Interview im November. Die besten Chancen, die Europa-Wahlen zu gewinnen, habe derzeit das Mitte-Rechts-Lager, ergänzte er damals. Watson geht es um nichts Geringeres als ein Ende der stillen großen Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten. Sein Projekt für den Juni: eine konservativ-liberale Mehrheit bis 2014 zu sichern.

Derzeit stellt die EVP zwar die größte Fraktion. Mit 284 von insgesamt 785 Sitzen ist sie aber weit von einer absoluten Mehrheit entfernt. Auch zusammen mit den 103 Abgeordneten der Liberalen wird diese nicht erreicht. Schon die Bestätigung von José Manuel Barroso, des erklärten Kandidaten der Konservativen, als Kommissionspräsident war 2004 nur mit Hilfe der Sozialdemokraten möglich. Als Dankeschön erhielt die SPE damals im Gegenzug den Parlamentsvorsitz.

Mit seinem klaren Plädoyer für politisch knappe Mehrheiten mit klaren inhaltlichen Profilen hat der Liberale Watson den wunden Punkt der Europawahl-Kampagne getroffen. Denn was bekommt der Wähler, wenn er rechts, links oder die Mitte bei der

Europawahl wählt? Verhilft er Barroso zu einer zweiten Amtszeit als EU-Kommissionspräsident? Oder gibt er Rückhalt für eine Politik, die mehr Umweltschutz und eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte einfordert? Weder Personal noch Koalitionen stehen hoch im Angebot der europäischen Parteien, wenn die 736 Europa-Abgeordneten in 27 Mitgliedsstaaten gewählt werden. Stattdessen bieten sich den Wählern nationale Testwahlkämpfe, bei denen es um viel geht. Aber selten um die Themen, die schließlich in Brüssel und Straßburg entschieden werden.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament hoffen darauf, eine zweite Amtszeit von Kommissionspräsident Barroso verhindern zu können

Die Hoffnung, dass es diesmal anders werden könnte, hat Parteistrategen aller Couleure auf den Plan gerufen. Allen voran die Europäische Volkspartei (EVP), die christdemokratische und konservative Parteien ver-

Ein Liberaler mit großen Plänen:
Der Brite Graham Watson will nach
den Wahlen Präsident des Europa-
Parlaments werden.



FOTO: EDR

eint, setzt diesmal auf die personelle Klammer durch den amtierenden Kommissionspräsidenten Barroso. Der konservative ehemalige Regierungschef von Portugal hat seit seinem Amtsantritt 2004 mehr als alle seine Vorgänger auf eine rechts-liberale Mehrheit im Europa-Parlament gesetzt - eine Option, die allerdings zu schwach für eine verlässliche Arbeit war. Im Zweifel konnte auch Barroso auf den Konsens seiner Partei mit den Sozialdemokraten nicht verzichten.

Während also die Konservativen diesmal mit einer Art europäischem Spitzenkandidaten aufwarten können, bleibt die zweite Kraft im EU-Parlament ohne einheitliches Gesicht. Ein gemeinsamer Kandidat sei „nicht durchsetzbar“ gewesen, bestätigt ein Sozialdemokrat aus der Fraktionsführung. Die Pläne, die es gab, seien schnell durchkreuzt worden durch sozialdemokratische Regierungschefs wie Gordon Brown oder José Luis Zapatero. Die hatten sich nämlich früh für eine zweite Amtszeit Barrosos ausgesprochen. Dem Briten Brown wird nachgesagt, dass ihm der wirtschaftsliberale Kurs Barrosos besser gefalle als die mögliche Linie eines kontinentalen Sozialdemokraten. Und Zapatero, so heißt es, setze auf iberische Nähe.

Auch angesichts zunächst bescheiden klingender Umfragewerte haben sich die Sozialdemokraten daher ein Minimalziel gesetzt. Eine linke Sperrminorität wolle man bei den Europawahlen erreichen, lautet die Parole aus der SPE-Führung um den deutschen Fraktionschef Martin Schulz. Neben Sozialdemokraten müssten hier die Grünen und die linkssozialistische Fraktion plus ein gewisser Teil der Liberalen in die Waagschale kommen. Eine bunte Koalition, die zumindest einmal schon erfolgreich und medienwirksam zusammenkam: Als der frisch gekürte Barroso 2004 sein Kommissionsteam vorstellte, versagte ihm die kunterbunt-linke Mehrheit des Europäischen Parlamentes die Unterstützung und forderte erfolgreich den Austausch mehrerer umstrittener Personen wie etwa des italienischen Kommissars Rocco Buttiglione ein.

Wenn die Staats- und Regierungschefs der EU kurz nach den Europawahlen darüber beraten, wer für die nächsten fünf Jahre an der Spitze der Kommission steht, hoffen die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament darauf, mit einer ähnlichen Mehrheit wie 2004 eine zweite Amtszeit Barrosos verhindern zu können. Zu groß ist der Zorn auf seinen wirtschaftsliberalen Kurs, den er im

Verein mit Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy durchgezogen hat. Deshalb will die SPE „den Mitverursachern der Wirtschaftskrise“ unter keinen Umständen zu einer Verlängerung des Mandates verhelfen.

Ein Kompromiss-Kandidat könnte wiederum von den Liberalen stammen. So lauten zumindest die Überlegungen in der sozialdemokratischen Führung, der klar ist, dass es angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kreis der EU-Regierungen für einen der ihren auf keinen Fall reichen wird. Hier kommt wieder der liberale Fraktionschef Graham Watson ins Spiel. Denn auch jüngste Umfragen stellen sein Ziel, eine konservativ-liberale Mehrheit nach dem 7. Juni zu schmieden, zunehmend in Frage. Demnach muss die EVP mit einem Rückgang von 37 Prozent auf 34 Prozent rechnen, während die Liberalen stagnieren. Laut der Erhebung vom 7. Mai verbessern sich die Sozialdemokraten EU-weit um einen Prozentpunkt auf 28 Prozent. Auch die Linke wird zulegen. Eine eigenständige rechts-liberale Mehrheit scheint da wenig wahrscheinlich. Erschwerend kommt für die Volkspartei hinzu, dass die britischen Tories endgültig ihren Austritt aus der EVP-Fraktion nach der Wahl angekündigt haben. Sie wollen ge-

meinsam mit tschechischen Konservativen eine eigene Fraktion gründen, die anders als die EVP eine europaskeptische Linie verfolgen soll.

Für Watsons Liberale bliebe da der Schwenk nach links, wollten sie eine erneute stille „große Koalition“ verhindern. Rechnerisch könnten sie gemeinsam mit Sozialdemokraten, Grünen und Linken wahrscheinlich eine absolute Mehrheit bilden. Schon im November hatte der liberale Fraktionschef die Tür in Richtung linksliberaler Mehrheit zumindest offen gehalten. Im selben Interview, in dem er von der neuen rechtsliberalen Mehrheit träumte, betonte Watson auch die politische Nähe zur linken Hälfte des Hauses etwa in Umweltfragen oder in der Außenpolitik. Hier habe man häufig zusammen abgestimmt. Auch wenn es am Ende für den Präsidentenposten im Parlament nicht reicht, könnte Graham Watson so eine nicht minder interessante Rolle zukommen: die des Königsmachers im Rennen um die Führung der EU-Kommission.

Korbinian Frenzel arbeitet als Journalist für das Deutschlandradio.